

Meine Damen und Herren von der SPD, es wundert mich nicht, daß Sie darüber hämisch lachen. Ich kann mir vorstellen, daß Sie es sich anders gewünscht haben.

(Protestbekundungen - Beifall bei CDU/DA und DSU)

Dank der Politik der CDU, hier in diesem Fall vertreten durch den Minister Steinberg und seinen Staatssekretär Pautz, dank der Arbeit der Gewerbeaufsicht, des Kartellamtes und der Treuhand ist ein Energievertrag zustande gekommen, dessen Bedeutung für unsere Wirtschaft von ungeheurer Masse ist, der Wettbewerbsverzerrungen, die er anfangs durchaus hatte, inzwischen ausgeglichen hat und der unsere volle Zustimmung bekommt.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

(Zuruf von der SPD: Das ist klar!)

Dieser Vertrag setzt Zeichen für die Dynamik der Wirtschaft. Er erhält Bewährenswertes, und was gibt es in unserer Wirtschaft Bewährenswertes als Arbeitsplätze unserer Stromindustrie, unserer Kohle und Energie. Er sichert aber gleichzeitig die Sanierung unserer Elektroindustrie mit dem notwendigen Know-how zur Erreichung strengster ökologischer Vorgaben.

Einerseits wird beklagt, daß westliche Investoren nicht kommen. Da gibt man natürlich gern der CDU die Schuld, zu schnell vergessend, wer eigentlich dieses Chaos hier organisiert hat,

(Beifall bei CDU/DA und DSU - Protestbekundungen)

daß Investoren zweimal nachdenken müssen, ehe sie kommen. Andererseits: Sind dann Investoren gefunden, die ein wahrscheinlich für die Welt einmaliges Investitionsprogramm hier auf dem Energiesektor starten wollen, dann wirft man der CDU natürlich den Ausverkauf der DDR vor. Diese Argumentation ist verantwortungsloser Wahlkampf, verwerflich, weil auf dem Rücken von Hunderttausenden Menschen ausgetragen, die durch die Stilllegung und zu starke Reduzierung der Kohle- und Energieindustrie in die Arbeitslosigkeit getrieben werden könnten.

Wie kritisch und realistisch dies die Menschen unseres Landes auswerten, trotz der Schwierigkeiten mit unseren Medien, die ja immer noch Probleme haben, objektive Bilder zu zeichnen,

(Protestbekundungen - Beifall bei CDU/DA und DSU)

das zeigt der Brief des Vorsitzenden der IG Bergbau, Energie und Wasserwirtschaft, aus dem ich ein Zitat bringen möchte:

„So sind auf dem Gebiet der Energieversorgung bundesdeutsche Stromversorgungsunternehmen bereit, sich mehrheitlich an Unternehmen zu beteiligen, die die Großkraftwerks- und Verbundebene sowie die Energieversorgungsunternehmen der DDR umfassen. Damit würde eine klare Entscheidungsgrundlage für die Bereitstellung von beträchtlichen Investitionsmitteln geschaffen. Dieses Konzept schließt auf der Ebene der Regionalunternehmen das Recht der Kommunen und Kreise zur Beteiligung an lokalen Versorgungskonzepten nicht aus.“

Herr Dr. Dörfler, ich möchte an dieser Stelle auf Ihre Rede zurückkommen. Ich möchte hier sagen, daß die Konzerne nicht einsteigen dürfen, sondern sie müssen einsteigen, damit endlich etwas passiert.

(Beifall bei CDU/DA, der DSU und der F.D.P.)

Ich muß sagen, daß Ihr Beitrag von wenig Sachkenntnis der realen Lage auch in den Kommunen gesprochen hat

(Beifall von CDU/DA, der DSU und der F.D.P.)

und daß er mehr sozialistisches Wunschenken war als reale Wirtschaftspolitik.

(Beifall von CDU/DA, der DSU und der F.D.P.)

Zudem war er gespickt mit Lügen;

(Protestbekundungen)

denn es ist eine Lüge, daß die Gewinne ausschließlich in die Bundesrepublik fließen werden. Der Stromvertrag sieht eindeutig vor, daß auch die Kommunen deutlich an den Gewinnen der Energieunternehmen beteiligt werden können, und wenn Sie „ausschließlich“ sagen - Sie haben „ausschließlich“ gesagt -, dann ist das eine Lüge.

(Protestbekundungen - Beifall von CDU/DA, der DSU und der F.D.P.)

Warum ist für die CDU dieser Vertrag nicht nur akzeptabel, sondern begrüßenswert? Erstens, weil er schon in der Präambel die gegenwärtig herausragende Rolle der Braunkohlenverstromung sichert. Das bedeutet nun mal, hunderttausende Arbeitsplätze zu sichern, die direkt oder indirekt von der Braunkohle abhängig sind. Wir könnten natürlich auch Strom importieren oder dezentral Öl- oder Gaskraftwerke bauen oder natürlich auch saarländische Steinkohle hier verfeuern.

(Gelächter und Beifall bei CDU/DA, DSU und F.D.P.)

Doch wer so spekuliert, der muß die ganze Wahrheit sagen, und die hieße z. B., aus der Lausitz ein Armenhaus zu machen. Das ist nicht die Politik der CDU.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und F.D.P.)

Zweitens: weil modernste Anlagen einen so geringen Schadstoffausstoß garantieren, daß diese auch durch andere Technologien kaum unterboten werden können, drittens: weil beim Personalabbau, wenn er notwendig sein sollte, garantiert wird, daß er sozial abgefedert ist, viertens: weil kommunale Interessen tatsächlich berücksichtigt sind und fünftens: weil trotz der enorm hohen Investitionen, die notwendig wären und notwendig sind, der Preis der Energie vergleichbar mit dem der Bundesrepublik sein wird.

Ich habe den Eindruck, daß bestimmten Politikern der Stromvertrag nur deshalb nicht paßt, weil der wirtschaftliche Kollaps, der dadurch vermieden werden wird, am 2. Dezember einigen bessere Wahlchancen bieten würde.

(Bravorufe und starker Beifall bei CDU/DA, DSU und F.D.P. - Pfuiruf bei der SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

(Heiterkeit)

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt bzw. die nächsten Tagesordnungspunkte aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, daß sich das Präsidium darüber verständigt hat, daß die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zusammengefaßt behandelt werden.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3:

**Antrag der Fraktion der PDS betreffend
Erlassung der Schulden der volkseigenen, der in Kapitalgesellschaften umgewandelten Betriebe und ehemaligen volkseigenen Wirtschaft, der genossenschaftlichen und privaten Betriebe gegenüber Banken und anderen Kredit- und Geldinstituten der Deutschen Demokratischen Republik
(1. Lesung)
(Drucksache Nr. 183)**

verbunden mit Punkt 4 der Tagesordnung:

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne und der Fraktion der SPD
Gesetz zur Entschuldung ehemals volkseigener Kombinate, Betriebe und sonstiger Wirtschaftseinheiten
(1. Lesung)
(Drucksache Nr. 202).**